

Hauptsache billig

JournalistInnen streiken gegen die Abwertung ihres Berufs

Ulrich Janßen

Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen sind nicht bekannt für Streitsucht, wenn es um ihre eigenen Arbeitsbedingungen geht. Die meisten von ihnen ertragen unbezahlte Überstunden, unregelmäßige Arbeitszeiten und unterbesetzte Redaktionen. Was steckt dahinter, wenn sich diese geduldige Spezies auf einmal entschließt, den Chefs den Gehorsam zu verweigern und streikend mit Transparenten und Trillerpfeifen zu Hunderten durch Innenstädte und über Marktplätze bis in die Heute-Nachrichten marschiert?

Die Antwort: Dahinter steckt ein beispielloser Angriff der deutschen Zeitungsverleger auf den Redakteursberuf.

5% Gehaltskürzung und Senkung der Tarifstandards

Ginge es nach dem Willen des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), so würden die Jahreseinkommen aller ZeitungsredakteurInnen um etwa fünf Prozent gesenkt. Und obendrein würde die nachwachsende Journalistengeneration um ein Viertel (!) unter die bisher geltenden Tarifstandards gedrückt. Das Konzept: Hauptsache billig. Die Strategie: Drastische Verschlechterungen für alle mit zweierlei Maß für Jung und Alt. Die derzeit Beschäftigten würden schon einigermaßen still halten, wenn es den künftigen Beschäftigten noch einschneidender an den Kragen ginge. Eine Fehleinschätzung. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di beugte sich dem beabsichtigten Tarif-Rückbau als Voraussetzung für Verhandlungen über Gehaltsprozente nicht, schon gar nicht der Arbeitgeber-Absicht, die Redaktionen in zwei Klassen zu spalten. Da gab's auch keinen Streit mit der Mitgliedschaft des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV). Im Gegenteil: Vielerorts traten die Mitglieder beider Organisationen gemeinsam in den Streik. Auch wenn die Tarifrunde gegenwärtig (bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe) noch nicht beendet ist, so zeichnen sich erste Erfolge ab im Abwehrkampf der Arbeitskämpfer. Die monatelange Hartnäckigkeit der Verleger bröckelt dank der Ausdauer der Streikenden vor allem in den Arbeitskampf-Hochburgen Baden-Württemberg und Westfalen. Die Urabstimmungen der Gewerkschaftsmitglieder nach vielen ergebnislosen Warnstreiks ergaben Quoren von 98 bis 99 Prozent für unbefristete Streiks.

Aus ihren Tageszeitungen erfahren und erfuhren viele LeserInnen wenig bis nichts über die Tarifauseinandersetzung, die das Erscheinen vieler Blätter be- aber nicht verhindert. Die Verlagsmanager sind schließlich selbst Konfliktpartei im Tarifkampf. Und es gibt nicht viele Chefredakteure, die sich öffentlich anders positionieren.

Radio und Fernsehen berichten zwar, aber für die Hintergründe der Auseinandersetzung der vergleichsweise kleinen Berufsgruppe von bundesweit 14000 Tageszeitungs-JournalistInnen ist hier weniger Raum als in den Zeitungen (wäre). Zu den Hintergründen gehört auch, dass Zeitungsverlage heute nicht mehr so massenhaft Millionen scheffeln wie in der Vergangenheit. Jahrzehntlang gab es in Deutschland kaum legale Geschäftsfelder, auf denen sich mehr Geld verdienen ließ als mit Tageszeitungen. Seither sind Immobilien-, Stellen- und Kfz-Anzeigen zum Teil ins Internet abgewandert, weil die

Manager der verwöhnten Zeitungsverlage es versäumten, diese neuen Märkte im Netz rechtzeitig zu besetzen. Auch beim jährlichen Auflagenrückgang um etwa zwei Prozent spielt das Internet eine Rolle, zumal die meisten Verlage wertvolle Zeitungsinhalte dort gratis offerieren. Gleichwohl steigen die Vertriebs Erlöse, weil erhöhte Abo-Preise rückläufige Verkaufszahlen überkompensieren.

Auch die dju in ver.di verschließt nicht die Augen vor der veränderten Branchenlage: Geradezu bescheiden waren die Zeitungsbeschäftigten in den Tarifrunden der letzten zehn Jahre. Die Einkommen blieben nicht nur hinter der allgemeinen Lohnentwicklung in Deutschland zurück, sondern sogar unter der Preissteigerungsrate, was übrigens auch für die kaufmännischen Angestellten der Verlage gilt. Abstriche gab's auch beim Urlaubsgeld und in der Gehaltsstruktur.

Da trägt es natürlich zur Mobilisierung der KollegInnen bei, wenn der BDZV verbreitet, die Redakteursgehälter seien in der letzten Dekade um 15 Prozent gestiegen – eine Desinformation im Hinblick auf die genannten Einbußen und eine 18-prozentige Inflationsrate im selben Zeitraum.

Steigende Vertriebs Erlöse trotz Auflagenrückgang

Nackte Zahlen bilden eben selten die ganze Wahrheit ab. Und zur Wahrheit gehört, dass die meisten Verlage in den vergangenen Jahren die Kosten durch Personalabbau gewaltig reduziert haben – zu Gunsten der Gewinne und zu Lasten der JournalistInnen und Verlagskaufleute, deren Arbeit enorm verdichtet wurde. Gleichwohl erscheint es dem BDZV tarifpolitisch opportun, die Branche krank zu reden, was unternehmerisch selbst dann unklug wäre, wenn es zuträfe. Indes: Die Branche ist gesund. Zeitungen erzielen nach wie vor Renditen, von denen Unternehmer anderer Märkte träumen.

Die Zukunft der Zeitungen liegt im Qualitätsjournalismus. Seine Bedeutung steigt in dem Maß, in dem der Schwall unsortierter Datenmengen aus dem Internet wächst. Mehr noch als bisher haben JournalistInnen künftig die Aufgabe, Ordnung in dieses Durcheinander zu bringen, Informationen professionell zu bewerten, zu bündeln und so aufzubereiten, dass die Zeitung den Menschen liefert, was sie brauchen, um sich beteiligen zu können am demokratischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung. Wer den Journalistenberuf unattraktiv und den Journalismus billig macht, gefährdet diesen Prozess – und das eigene Produkt.